

Interpellation Tsering-St.Gallen vom 7. Juni 2005

Alimentenbevorschussung

Schriftliche Antwort der Regierung vom 6. September 2005

In ihrer Interpellation vom 7. Juni 2005 thematisiert Angela Tsering-St.Gallen die Frage der unterschiedlichen Unterhaltsregelungen durch Vormundschaftsbehörden und Gerichte, die bei der Alimentenbevorschussung in der Praxis zu uneinheitlichen Ergebnissen führen. In diesem Zusammenhang stellt sie verschiedene Fragen.

Die Regierung beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

1. Nach Art. 285 Abs. 1 Zivilgesetzbuch; abgekürzt ZGB soll der Unterhalt den Bedürfnissen des Kindes sowie der Lebensstellung und der Leistungsfähigkeit der Eltern entsprechen. Diese Faktoren beeinflussen die Berechnung des Unterhaltsbeitrags. In der Praxis werden unterschiedliche Bemessungsmethoden gewählt. Bei ausserehelicher Vaterschaft wird der Kindesunterhalt in Anlehnung an die sogenannte Zürcher Tabelle meist nach einem im Verhältnis zum Einkommen gewichteten Durchschnittsbedarf ermittelt. Bei Trennung oder Scheidung einer Ehe hingegen müssen die Unterhaltsansprüche von Ehegatten und Kindern koordiniert werden. Diese werden gewöhnlich miteinander und nach derselben Methode, nämlich mit einer Notbedarfsberechnung und einer Verteilung des verbleibenden Überschusses auf alle Familienmitglieder ermittelt. Bei angespannten finanziellen Verhältnissen neigen die Gerichte dazu, einen Vorrang des Kindesunterhalts anzunehmen und wenigstens dem Kind zu seinem Existenzminimum (betreibungsrechtlicher Kinderzuschlag plus Gesundheitskosten und Wohnkostenanteil) zu verhelfen.

In eigentlichen Mangelfällen hat aber der Unterhaltspflichtige nach ständiger Praxis des Bundesgerichtes Anspruch darauf, zuerst seinen persönlichen Notbedarf decken zu können. Das eigene Existenzminimum stellt eine absolute Grenze für alle Unterhaltspflichten dar: Wer mittellos ist, kann nicht verpflichtet werden, Unterhalt zu leisten. Freilich wird eine solche Mangelsituation nicht einfach tatenlos hingenommen. Es wird immer zuerst danach gefragt, ob der Pflichtige mehr verdienen oder Kosten einsparen könnte. Allenfalls wird ihm dann das bei gutem Willen erzielbare Einkommen hypothetisch angerechnet oder ein Umzug in eine billigere Wohnung, ein Verzicht auf jegliche Schuldentilgung und eine Nichtanrechnung sämtlicher Steuern zugemutet. Nur wenn der Unterhaltspflichtige aus zwingenden Gründen, beispielsweise bei dauerhafter Erwerbslosigkeit oder Verbüssung einer Freiheitsstrafe, praktisch kein Einkommen erzielen kann, wird ihm kein Unterhaltsbeitrag auferlegt. Dann kann auch kein fiktives Einkommen angerechnet und damit keine Alimentenbevorschussung ausgelöst werden.

2. Die Regierung teilt die Meinung, dass sich die Situation für Alleinerziehende verschärft hat, dem Armutsrisiko ausgesetzt zu sein. Die Datenauswertung der Sozialhilfestatistik vom Jahr 2003 im Kanton St.Gallen zeigt, dass Alleinerziehende ein überdurchschnittliches Sozialhilferisiko aufweisen. Damit sind auch alle in der Unterstützungseinheit lebenden Personen betroffen. Kinder und Jugendliche machen einen grossen Teil der sozialhilfebeziehenden Personen aus. Diese Tendenzen lassen sich auch in anderen Kantonen feststellen.
3. In den vergangenen zehn Jahren waren folgende Änderungen des Gesetzes über Inkasohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge notwendig: Anpassung der Berechnungs-

grundlagen an das revidierte Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, Ausdehnung der Inkassohilfe auf Erwachsenenalimente und Anrechnung des Einkommens des Konkubinatspartners.

4. Es trifft zu, dass der volle Unterhaltsbedarf der Kinder nicht in jeder Situation berücksichtigt werden kann. Betroffen sind oft Alleinerziehende und deren Kinder, die am Existenzminimum oder gar darunter leben. Diese Situation ist unbefriedigend. Die Entwicklung aufgrund der heutigen Wirtschaftslage, der Arbeitslosenquote und des erhöhten Armutsrisikos dieser Personengruppe verlangt nach einer Überprüfung.

Die Regierung ist bereit zu prüfen, auf welchem Weg bzw. mit welchen Massnahmen das Problem gelöst werden kann.

6. September 2005

Wortlaut der Interpellation 51.05.31

Interpellation Tsering-St.Gallen: «Alimentenbevorschussung ungerecht verteilt

Alimenten werden in der Höhe bevorschusst, welche von einem Gericht (bei einer Scheidung) oder von einer Vormundschaftsbehörde (bei unverheirateten Paaren bei der Geburt eines Kindes) festgelegt werden. Hier sind aber die Entscheide höchst unterschiedlich und es besteht aus unserer Sicht eine Rechtsungleichheit. Bei der Unterhaltsregelung durch die Vormundschaftsbehörden wird das Kindeswohl stark gewichtet, weshalb diese um einiges höher ausfallen als bei den Scheidungsurteilen der Gerichte. Diese betrachten v.a. die Leistungsfähigkeit der Schuldnerin oder des Schuldners zum Zeitpunkt der Scheidung. Falls diese Person aber zu diesem Zeitpunkt arbeitslos ist oder vorübergehend weniger verdient, hat der anspruchsberechtigte Teil das Nachsehen. Dies ist eine uneinheitliche Praxis, die vielfach allein erziehende Personen (hauptsächlich Frauen) benachteiligt. Die Frauenarmut ist schon heute ein brisantes Thema, allen voran diejenige der Alleinerziehenden. Deshalb soll das Gesetz diese Armut nicht noch verstärken und die Bevorschussung soll zu fest gelegten Minimalsätzen möglich sein.

Wenn Alimenten bei Nichtbezahlung der Schuldnerinnen oder der Schuldner bevorschusst werden, sind diese nicht rückerstattungspflichtig. Bei Sozialhilfeszahlungen der Gemeinden müssen diese, sobald die- oder derjenige, welche diese bezogen haben, zu Einkommen oder Vermögen kommen, zurückbezahlt werden.

In der Antwort vom 21. November 1995 auf die Interpellation 51.95.32 von Peter Schorer zu diesem Thema schreibt die Regierung (Zitat): Die aufgezeigte Rechtssprechung unterläuft die Intentionen des st.gallischen Gesetzgebers, der eine möglichst weitgehende, grosszügige und unkomplizierte Bevorschussung von Kinderunterhaltsbeiträgen anstrebte.

Gleichzeitig beinhaltet die Antwort, dass diese Probleme bei der Revision des Sozialhilfegesetzes bearbeitet werden sollen. Es bestehen aber noch heute ähnliche Probleme zu Lasten der Alleinerziehenden.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung heute das geschilderte Problem?
2. Ist sie auch der Meinung, dass sich auf Grund der heutigen Konjunkturlage und der Arbeitslosenquote dieses Problem noch verschärft hat?

3. Gab es während den letzten 10 Jahren Änderungen in der Gesetzgebung oder der Praxis?
4. Ist die Regierung gewillt, die gesetzliche Änderung bezüglich Alimentenbevorschussung bei leistungsunfähigen Alimentenschuldnerinnen und -schuldner wie vor 10 Jahren versprochen, zu prüfen?»

7. Juni 2005